

## Franz Etzel als Finanzpolitiker\*

Von Yorck Dietrich

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands das Werk Ludwig Erhards. Dem Wirtschaftsminister werden fast alle Erfolge der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik zugeschrieben – auch solche, die gegen seinen Willen zustandekamen. Erhards Mitstreiter in Partei, Bundestagsfraktion und Ministerialbürokratie, ohne deren Mithilfe dieser im Grunde unpolitische Mann vermutlich schon 1951 gescheitert wäre, sind dagegen weitgehend unbekannt. Franz Etzel, der in Theorie und Praxis Bedeutendes zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft geleistet hat, gebührt vielleicht der erste Rang unter ihnen.

Der zweite Bundesfinanzminister findet in der zeitgeschichtlichen Literatur fast nur im Zusammenhang mit der Präsidentenkrise von 1959 Erwähnung. Von Konrad Adenauer dem ungeliebten Ludwig Erhard als Nachfolger vorgezogen, aber nicht energisch unterstützt, verzichtete auch Etzel darauf, die Kanzlerschaft für sich zu fordern und darum zu kämpfen. Mit Adenauers Rückzieher endete Etzels Kandidatur, bevor sie recht begonnen hatte. Noch der heutige Leser kann nachempfinden, was für eine unglückliche Figur der Finanzminister in dieser Affäre gemacht haben muß.<sup>1</sup>

Was Franz Etzel in den Augen Adenauers zum Nachfolger qualifizierte, bleibt merkwürdig offen. Seine Konfession, das Image des Selfmademan, seine nüchterne Sachlichkeit, sein Fleiß, Erfahrungen auf internationalem Parkett, Übereinstimmung in europapolitischen Fragen<sup>2</sup> – keiner dieser Gründe kann wirklich überzeugen. Das geläufige Etzel-Bild ist das eines geachteten, aber farblosen Technokraten. Und noch rätselhafter muß erscheinen, warum ein Mann, der 1959 zu den Anwärtern auf das Kanzleramt zählte, schon zwei Jahre später ohne erkennbaren Grund wieder aus dem politischen Rampenlicht verschwand.

Kaum jemand hat sich die Mühe gemacht, genauer zu ergründen, warum Franz Etzel nach der Bundestagswahl von 1957 das Amt des Finanzministers

---

\* Dieser Aufsatz führt Gedanken aus meiner Dissertation über die bundesdeutsche Vermögenspolitik weiter. Die Arbeit trägt den Titel »Eigentum für jeden. Die CDU und die Entstehung der vermögenspolitischen Gesetzgebung 1950-1961« und wird voraussichtlich 1995 erscheinen. Soweit nicht näher belegt, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf diese Arbeit.

1 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 285 f.

2 KOERFER (Anm. 1), S. 162 f. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 359 f.

übernahm. Etzels Rückkehr von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach Bonn ist bisher ausschließlich mit Blick auf die Präsidentenwahl von 1959 gedeutet worden: Adenauer habe ihn als möglichen, ihm genehmen Nachfolger ins Kabinett holen wollen.<sup>3</sup> Da die CDU/CSU-Fraktion die Schaffung eines Europaministeriums ablehnte, sei eben nur der Posten des Finanzministers in Frage gekommen, mit dessen Inhaber Schäffer sich Adenauer überworfen hatte.<sup>4</sup> Es ist charakteristisch für die Vorlieben der Zeitgeschichtsschreibung, daß Wirtschafts- und Finanzpolitiker nur dann der Aufmerksamkeit gewürdigt werden, wenn sich ihr Lebensweg einmal mit der »hohen Politik« kreuzt. Im Falle Etzels versperrt diese Betrachtungsweise den Blick dafür, daß seine Ernennung zum Finanzminister nicht zuletzt, wenn nicht in erster Linie auf seinen Leistungen als Finanzpolitiker beruhte. Und – so lautet die These dieses Aufsatzes – es waren gerade diese Leistungen, die Etzel so großen Respekt eintrugen, daß man ihm zutraute, die Anforderungen der Kanzlerschaft bewältigen zu können.

#### Etzel und der Wirtschaftsausschuß der CDU

Franz Etzel war lange vor 1957 ein kritischer Begleiter und gelegentlich Mitgestalter der bundesdeutschen Finanzpolitik. Der Duisburger Wirtschaftsjurist tat dies bis 1952 als Bundestagsabgeordneter, vor allem aber als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Bundesausschusses der CDU. In dieser Eigenschaft nahm er auch nach seinem Weggang zur EGKS an der finanzpolitischen Diskussion und Entscheidungsfindung teil. Um Etzels Bedeutung für die Finanzpolitik richtig einschätzen zu können, ist es nötig, die Rolle dieses Gremiums im politischen Entscheidungsprozeß genauer zu analysieren.

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik war aus dem 1947 gebildeten Wirtschaftspolitischen Ausschuß der CDU in der britischen Zone hervorgegangen. Dieser Ausschuß hatte unter Etzels Leitung die Düsseldorfer Leitsätze erarbeitet, in denen die neoliberal geprägte Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft von der CDU übernommen wurde. Die Arbeiten hatten begonnen, bevor Ludwig Erhard im Frankfurter Wirtschaftsrat die Wirtschaftspolitik auf einen neuen Kurs brachte. Erhard selbst nahm an

---

3 KOERFER (Anm. 1), S. 285. Heinrich KRONE, *Der Berater Adenauers*, in: Klaus GOTTO (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes* (Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Archiv für Christlich-Demokratische Politik), Stuttgart 1980, S. 25. Zurückhaltender SCHWARZ (Anm. 2), S. 360.

4 Jürgen DOMES, *Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer*, Köln-Opladen 1964, S. 70. Etwas abweichend KOERFER (Anm. 1), S. 164, 170-172.

der programmatischen Arbeit so gut wie nicht teil.<sup>5</sup> Aber die Düsseldorfer Leitsätze waren zweifellos inspiriert von Erhards brilliantem Werbefeldzug für die Marktwirtschaft, und ihre Verfasser wollten dem Direktor für Wirtschaft den Rücken stärken. Die Leitsätze waren, wohl unter dem Einfluß von Franz Böhm, stärker ordoliberal geprägt als Müller-Armacks Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft. Sie standen insofern der Auffassung Erhards näher. Dagegen neigte Etzel mehr der pragmatischeren, sozialpolitisch aufgeschlossenen Linie Müller-Armacks zu. Diese Unterschiede traten aber nicht in Grundsatzdebatten zutage, die es nach 1949 in der CDU für lange Zeit nicht mehr gab, sondern allenfalls in der Haltung gegenüber konkreten Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der 1950 eingerichtete Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik wurde in der CDU zumeist als »Wirtschaftsausschuß« bezeichnet. Dieser Name war zutreffend und irreführend zugleich. Der Ausschuß befaßte sich nicht nur mit dem Gebiet der Wirtschaftspolitik; er war auch die wichtigste Vertretung von Wirtschaftsinteressen in der CDU. Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse waren in ihm nicht vertreten oder spielten keine Rolle.<sup>6</sup> Es wäre aber verfehlt, den Wirtschaftsausschuß in erster Linie als Pressure-Group zu sehen. Schon von seinem Ursprung her hatte Etzel dem Gremium eine weitergehende Aufgabe zgedacht: es sollte Plattform und Vermittlungsinstanz für die Umsetzung neoliberaler Vorstellungen in praktische Wirtschaftspolitik sein. Das Programm dieser wissenschaftlichen Strömung läßt sich einfach zusammenfassen: freie – d.h. durch den Wettbewerb ermittelte – Preise und freie Zinsen sollten das Wirtschaftsgeschehen regeln. Folglich standen die Bekämpfung von Monopolen auf den Gütermärkten und von Steuer- und Kapitalmarktdirigismus auf den Faktormärkten ganz vorne auf der politischen Tagesordnung.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Etzel ein nicht weniger überzeugter Neoliberaler war als Ludwig Erhard. Etzel erkannte aber früh, wie gering die Zahl der wirklichen Neoliberalen in der CDU war, wie klein die politische Basis Ludwig Erhards und seiner wissenschaftlichen Mitstreiter. Zwar waren die Unternehmer stets bereit, der Absage an Planwirtschaft

---

5 Hans-Hermann LUTZKE, *Der Beitrag Franz Etzels zur Wirtschaftspolitik. Zur Geschichte des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU*, in: *Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Festgabe für Franz Etzel*, hrsg. v. Alfred MÜLLER-ARMACK und Herbert B. SCHMIDT, Stuttgart 1967 (im folgenden zit. als *Etzel-Festschrift*), S. 123-144, hier S. 128 f. Fritz HELWIG, *Adenauers Verhältnis zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, in: Hans POHL (Hg.), *Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 12), Bonn 1992, S. 88-111, hier S. 89.

6 Siehe die Diskussion im CDU-Bundesvorstand am 3. Juli 1951, in: *»Es mußte alles neu gemacht werden«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. 41 f.

und Sozialisierung Beifall zu spenden. Doch sobald die Regierung spezifisch neoliberale Vorhaben umzusetzen versuchte, verhärtete sich ihre Haltung, wie vor allem der Kampf um das Kartellgesetz zeigte. Zwar beschränkten sich die CDU-Sozialausschüsse seit 1949 darauf, die Früchte der Wirtschaftspolitik durch eine expandierende Sozialpolitik zu verteilen. Doch die meisten ihrer führenden Vertreter waren deshalb noch lange nicht zu überzeugten Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft geworden. Auch Konrad Adenauer, der Ludwig Erhard 1949 protegiert hatte, war 1951 bereit, von der marktwirtschaftlichen Politik abzurücken, als schnelle Erfolge ausblieben.<sup>7</sup>

Unter diesen Umständen fiel dem Wirtschaftsausschuß der CDU eine Doppelfunktion zu. Er sollte Erhard der Unterstützung der Wirtschaft gegen seine Widersacher in Partei und Regierung versichern. Er mußte aber auch immer wieder aufs neue versuchen, die oft reichlich abstrakten Prinzipien des Neoliberalismus mit den Wünschen der Unternehmer in Übereinstimmung zu bringen. So war der Wirtschaftsausschuß Einfallstor für Unternehmerinteressen und warb zugleich in der Wirtschaft um Verständnis für die Konzeption der Regierung. Treibende Kraft bei alledem war Franz Etzel.<sup>8</sup> Der Ausschuß führte in dieser Zeit, ungestört von der Parteiführung, ein Eigenleben, so daß Etzel sehr selbständig agieren konnte. Mehrere führende Vertreter gehörten zugleich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, dem wichtigsten Entscheidungszentrum in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Etzel bemühte sich daher, Erhard in engeren Kontakt zur Partei und vor allem zur Bundestagsfraktion zu bringen. Unter den Anhängern des Wirtschaftsministers herrschte während der fünfziger Jahre Einigkeit darüber, daß Erhard die Beziehungen zur Bundestagsfraktion vernachlässige.<sup>9</sup> Die vielbeschworene Brigade Erhard nahm erst in der dritten Legislaturperiode Gestalt an; sie war überdies eher eine Bastion von Teilen des Mittelstandes als eine Vertretung der gesamten Wirtschaft. Zwar gelobte Erhard des öfteren Besserung, aber Etzel und seinen Freunden schien es, als reagiere er auf ihre Mahnungen »wie eine Gummiwand«.<sup>10</sup> Erhard hat anscheinend nie richtig gewürdigt, was Etzel und der Wirtschaftsausschuß – bei allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen – für ihn getan haben, und wie sehr die Durchsetzbarkeit seiner Politik von der Existenz solcher Schnittstellen zu Fraktion und Partei

---

<sup>7</sup> Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen-Zürich 1986, S. 103-105.

<sup>8</sup> Diese Ausführungen beruhen auf der Auswertung des Briefwechsels von Etzel mit führenden Wirtschaftspolitikern der CDU im Bundesarchiv Koblenz (fortan: BA), Nachlaß (fortan: NL) 254 Etzel/166 und 167.

<sup>9</sup> BA NL 254 Etzel/166, Etzel an Erhard 31.05.1954.

<sup>10</sup> Archiv für Christlich-Demokratische Politik (fortan: ACDP), NL Müller-Armack I-236-018/1, Etzel an Müller-Armack 8.12.1954.

abhing. 1951, als Adenauer schon zur Ablösung des Wirtschaftsministers entschlossen schien, war es nicht zuletzt der Rückhalt am Wirtschaftsflügel der CDU/CSU-Fraktion unter Etzel, der Erhard rettete.<sup>11</sup>

Etzel wurde von der Befürchtung getrieben, die CDU könne ihre Rolle als führende marktwirtschaftliche Kraft verlieren. Besondere Sorge bereitete ihm die Auseinandersetzung um das Kartellgesetz, in der die SPD dem Wirtschaftsminister streckenweise näherstand als Teile seiner eigenen Partei. Er versuchte immer wieder, Kompromißlinien zwischen Erhards Position und den Ansichten der Wirtschaftsverbände zu formulieren. Bisweilen mochte Etzel darin weiter gehen, als es liberalen Hardlinern vertretbar erschien. Aber er vertrat stets die Auffassung, daß es nur mit Unterstützung der Wirtschaft gelingen könnte, überhaupt Teile der Sozialen Marktwirtschaft umzusetzen.

### Steuerpolitik im Wiederaufbau

Für den Wirtschaftsausschuß als Transmissionsriemen neoliberaler Vorstellungen stellte die Finanzpolitik einen besonderen Problemfall dar. Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bzw. die Schriften ihrer wissenschaftlichen Vordenker enthielten nur wenige allgemeine Leitlinien für die Gestaltung des Steuersystems.<sup>12</sup> Es war aber unbestritten, daß die Steuerpolitik, die seit 1948 in den westlichen Besatzungszonen bzw. der jungen Bundesrepublik betrieben wurde, mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung nur schwer zu vereinbaren war. Der alliierte Kontrollrat hatte 1946 die Sätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer drastisch erhöht. Die »konfiskatorische« Steuerbelastung drohte die für den Wiederaufbau notwendige Kapitalbildung zu behindern. Wegen eines alliierten Vetos gegen eine starke Tarifsenkung und angesichts der ungewissen Sparneigung der Bevölkerung entschied sich der Wirtschaftsrat dafür, die Unternehmenskapitalbildung (Selbstfinanzierung) durch massive Steuervergünstigungen für Abschreibungen und einbehaltene Gewinne zu fördern.<sup>13</sup> Man kann diese Politik nur als eine dirigistische Lenkung der Einkommensverwendung bezeichnen. Die Wirtschaftssubjekte wurden vor die Alternative »Investition oder Finanzamt« gestellt. Für die Unternehmer war dies noch hinnehmbar. Von einer Investitionslenkung im strengen Sinne konnte nicht die Rede sein, denn der konkrete Zweck der Investition war

---

11 Heiner ADAMSEN, *Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948-1952*, Wuppertal 1981, S. 120-123. LAITENBERGER (Anm. 8), S. 105.

12 Siehe auch den Diskussionsbeitrag von Werner EHRLICHER in: *Steuerpolitik für die Soziale Marktwirtschaft*, hg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Stuttgart-New York 1986, S. 49 f.

13 Zur Steuerpolitik der Nachkriegszeit siehe Jutta MUSCHEID, *Die Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982*, Berlin 1986, bes. S. 27 f., 44-56.

freigestellt. Die privaten Haushalte dagegen waren benachteiligt: Sie konnten nur an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung teilhaben, indem sie Anteile an Unternehmen erwarben oder die wenigen Sondervergünstigungen für den Wohnungsbau nutzten, die auch ihnen offenstanden. Von diesen Vergünstigungen profitierten aber nur die obersten Einkommensschichten. Insgesamt war die Ersparnisbildung der Privaten durch hohe Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und hohe Verbrauchsteuern erschwert. Aktienemissionen waren durch die hohe Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne durch Einkommen- und Körperschaftsteuer praktisch unmöglich. Von der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung in den Jahren 1950 bis 1959 entfielen denn auch 44 % auf die Unternehmen, immerhin 33 % auf den Staat und nur 23 % auf die privaten Haushalte. Um diese Entwicklung zu verhindern, wäre in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Umstände wohl nur eine noch höhere staatliche Vermögensbildung oder aber ein Zwangssparen der Verbraucher in Frage gekommen – zwei Möglichkeiten, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Förderung der Selbstfinanzierung kaum vorzuziehen waren.

Es bleibt aber eine – bisher unzureichend gewürdigte – Ironie der Geschichte, daß die Schnelligkeit des Wiederaufbaus, die der Politik der Sozialen Marktwirtschaft zugerechnet wurde, Methoden zu verdanken war, die kaum mit den streng marktwirtschaftlichen Grundsätzen ihrer Väter vereinbar waren. Nicht nur neoliberale Wissenschaftler standen der Selbstfinanzierung von Investitionen skeptisch gegenüber, weil sie, wie man annahm, volkswirtschaftliche Kapitalfehlleitungen begünstige und die Konzentration vorantreibe. Sicherlich konnten diese Gefahren in den ersten Jahren nach 1948 noch vernachlässigt werden. Angesichts der schweren Zerstörungen und der aufgestauten Nachfrage war fast jede Investition sinnvoll.<sup>14</sup> Praktiken wie das »Kostenmachen« und das »Spesenunwesen« zeigten aber, wie problematisch es war, wenn Ausgaben vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Steuervermeidung getätigt wurden. Im Laufe der fünfziger Jahre nahm auch die Kritik an den verteilungspolitischen Folgen der Investitionsfinanzierung zu. In katholischen, dem linken CDU-Flügel nahestehenden Kreisen kam das Wort auf, die Verteilung der Vermögenszuwächse im Wiederaufbau sei ein »Skandal, der nach Abhilfe schreit«.<sup>15</sup>

Man kann nicht sagen, daß die politischen Vorkämpfer der Sozialen Marktwirtschaft dieser Entwicklung gleichgültig gegenübergestanden hätten. Ludwig Erhard war stets ein Gegner des forcierten Sparens und Investierens.<sup>16</sup> Schon 1949 forderte er, die Unternehmenskapitalbildung zugunsten

14 ADAMSEN (Anm. 11), S. 50 f.

15 Paul JOSTOCK, *Das Sozialprodukt und seine Verteilung*, Paderborn 1955, S. 38.

16 ADAMSEN (Anm. 11), S. 40 f., 44 f., 51.

der Finanzierung über den Kapitalmarkt abzubauen. Auch die Düsseldorfer Leitsätze dekretierten, der Wiederaufbau könne »im wesentlichen nur mit Hilfe von Sparkapital« durchgeführt werden.<sup>17</sup> Die Haltung der Unternehmer war zwiespältig. Sie traten selbstverständlich für eine Senkung der hohen Steuersätze ein. Die Publikums-Aktiengesellschaften waren auch daran interessiert, daß die steuerlichen Hindernisse für die Eigenkapitalaufnahme beseitigt würden. Andererseits wollten die meisten Unternehmer die Vergünstigungen für die Selbstfinanzierung erhalten oder sogar noch ausbauen.

Etzel verfolgte, wie zumeist, eine mittlere Linie. Seine ordnungspolitischen Überzeugungen verwiesen ihn an die Seite Erhards. Aber er verschloß sich auch den Wünschen von Unternehmerseite nicht. Der berühmte Paragraph 36 des Investitionshilfegesetzes von 1952, der – entgegen der ab 1950 zunächst eingeschlagenen Linie der Steuerpolitik – weitere massive Vergünstigungen für die Unternehmen einführte, wurde von Etzel in den parlamentarischen Beratungen durchgesetzt.<sup>18</sup> Erst die »Kleine Steuerreform« von 1953 leitete einen dauerhaften Kurswechsel ein. Ihr wichtigstes Element war der gespaltene Körperschaftsteuertarif. Durch die Senkung des Satzes für ausgeschüttete Gewinne auf 30 % (gegenüber 60 % für einbehaltene Gewinne) sollte von der Unternehmenseite her ein Anreiz für höhere Ausschüttungen geschaffen werden. Etzel, der 1952 auf den Posten des Vizepräsidenten der EGKS gewechselt war, hatte an diesen Entscheidungen keinen unmittelbaren Anteil. Aber schon die Auseinandersetzung um die 1954 folgende Große Steuerreform zeigt ihn in seiner typischen Vermittlerrolle. Das Bundesfinanzministerium hatte die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes immer nur als eine zeitweilige Vergünstigung betrachtet, die im Zuge einer allgemeinen Tarifsenkung aufgehoben werden müsse. Insbesondere Finanzminister Schäffer hatte für die Förderung des Aktienmarkts – des »arbeitslosen Einkommens«, wie er es nannte – wenig Interesse und Sympathie. In der Ausschlußfassung des Steuerreformgesetzes war der Körperschaftsteuertarif bei 45 % vereinheitlicht worden. Der für das Gebiet »Finanzen und Steuern« zuständige Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses der CDU hatte sich über diese Frage mit Schäffer so zerstritten, daß die Gespräche abgebrochen werden mußten. In dieser Situation schaltete sich Etzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses ein, brachte Schäffer und die führenden Steuerexperten der CDU/CSU-Fraktion wieder zusammen und erreichte, daß der günstigere Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne in den Schlußberatungen wiederhergestellt wurde.<sup>19</sup>

---

17 Nr. 11 der Leitsätze zur Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft.

18 *Der Wolf ist tot*, in: *Der Spiegel* Nr. 44 vom 30.10.1957, S. 16.

19 ACDP NL Hellwig 1-083-176/2, Notiz über eine Besprechung des Wirtschaftsausschusses mit Schäffer am 26.10.1954; Schiettinger an Strickrodt 5.11.1954.

Solche erfolgreichen Vermittlungsaktionen Etzels blieben in den Jahren 1953 bis 1955 aber die Ausnahme. Seine Einflußmöglichkeiten waren begrenzt. Es war bezeichnend, daß die Koordination zwischen dem Finanzminister und der Regierungsfraktion bei der Großen Steuerreform von einem Parteigremium wahrgenommen wurde, und nicht etwa vom Wirtschaftsminister, der doch seit Jahren den Abbau der Selbstfinanzierung forderte. Die Vermittlungsfähigkeit des Wirtschaftsausschusses zwischen Regierung und Bundestagsfraktion wurde aber dadurch beeinträchtigt, daß als Etzels Stellvertreter in Parlament und Partei Fritz Hellwig, der Leiter des Deutschen Industrie-Instituts, fungierte.<sup>20</sup> Ihn sah Erhard in der Kartellfrage als einseitigen Interessenvertreter des BDI an<sup>21</sup> und zog es daher vor, den Wirtschaftsausschuß weitgehend zu ignorieren.

#### Etzel contra Schäfer

Erst im Juni 1956 schaltete sich Etzel wieder in die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik ein. Die Bundesregierung befand sich in einer desolaten Lage. Mit einem triumphalen Wahlsieg von CDU und CSU im folgenden Jahr rechnete noch niemand. Einer der Gründe für das Stimmungstief im Regierungslager waren die finanzpolitischen Turbulenzen infolge der Plünderung des »Juliusturms«. Der Wiederaufbau war nicht nur mit einer hohen staatlichen Nettovermögensbildung einhergegangen; seit 1955 hatte der Bund auch hohe Kassenüberschüsse angehäuft. Ihre Verausgabung durch den »Kuchenausschuß« der CDU/CSU-Fraktion im Frühjahr 1956 drohte die ohnehin überschäumende Konjunktur vollends aus dem Gleichgewicht zu bringen. Zerwürfnisse zwischen Bundesregierung und Bundesbank, Adenauer und Erhard, Schäffer und Adenauer waren die Folge.<sup>22</sup> Das Staatsschiff schien führungslos in den Wogen der Hochkonjunktur zu schwanken. Zur gleichen Zeit lagen viele ordnungspolitische Vorhaben im Parlament fest, von denen man sich auch günstige gesamtwirtschaftliche Auswirkungen erhoffte. Dies galt für das Kartellgesetz, das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften, die Vereinfachung des Steuerrechts und die seit 1950 vorbereitete Aktienrechtsreform.

In dieser Situation ergriff Etzel die Initiative und forderte am 4. Juni 1956 von Adenauer die Entlassung Finanzminister Schäffers und einen

---

20 BA NL 257 Etzel/167, Pickert an Etzel 18.10.1955; Hellwig an Etzel 4.11.1955.

21 Ludwig-Erhard-Stiftung (fortan: LES), Briefwechsel Erhard – Adenauer I 1) 4, Erhard an Adenauer 04.07.1956. Dazu auch KOERFER (Anm. 1), S. 125.

22 KOERFER (Anm. 1), S. 84-89, 109-126.

Kurswechsel in der Finanzpolitik.<sup>23</sup> Der unglückliche Schäffer war damals – mehr durch taktisches Ungeschick als wegen unvereinbarer Gegensätze – zum Sündenbock nicht nur der Unternehmer, sondern fast der gesamten Wirtschaftswissenschaft geworden. Etzel schlug auf geschickte und sachlich überzeugende Weise einen Bogen von den Forderungen der Unternehmer zu neoliberalen Ordnungsvorstellungen. Die Steuern sollten gesenkt werden, aber gleichzeitig sollte durch Sparanreize und eine Reform des Aktienrechts die Investitionsfinanzierung stärker auf den Kapitalmarkt gelenkt werden. Etzel zeigte sich sensibel für die beginnende Kritik an der einseitigen Vermögensbildung im Wiederaufbau, wenn er verlangte, die Sparförderung für untere Einkommenschichten attraktiver zu machen. Etzels Intervention trug dazu bei, daß die Regierungspolitik wieder Tritt faßte, und einige lange verzögerte Projekte, wie das Kartellgesetz und das Investmentgesetz, endlich verabschiedet wurden. Adenauer war von Etzels Tatkraft so beeindruckt, daß er ihm im August 1956 anbot, ins Kabinett einzutreten, um dort die Wirtschaftspolitik zu »koordinieren«.<sup>24</sup> Etzel lehnte aber ab, da er mit dem erbitterten Widerstand Schäffers und Erhards rechnen mußte und darauf spekulierte, nach der Bundestagswahl Aussicht auf einen besseren Posten zu haben.

In seinen Bemühungen um die Formulierung einer konsensfähigen finanzpolitischen Linie ließ Etzel aber nicht nach. Er tat sich mit den Steuerexperten der CDU/CSU-Fraktion zusammen und entwarf ein kapitalmarkt- und vermögenspolitisches Programm, das er im Juli 1957 auf dem ersten Wirtschaftstag der CDU in Frankfurt vorstellte.<sup>25</sup> Es war Etzel gelungen, die Vorstellungen großer Teile der Wirtschaft und der Neoliberalen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Frankfurter Wirtschaftstag war eine Kampfansage an Finanzminister Schäffer. Doch war Schäffers Ablösung nach der Bundestagswahl noch keineswegs ausgemacht. Adenauer konnte nicht ignorieren, daß der Finanzminister in der Bevölkerung populär war und namhafte Anhänger in der CDU/CSU-Fraktion hatte.<sup>26</sup> Etzel wurde von

---

23 Abschrift in LES, Briefwechsel Erhard – Adenauer I 4) 41. Dem Schreiben lag vermutlich eine Ausarbeitung »Gliederung einer Aussprache über Konjunkturpolitik« zugrunde, die Etzels Mitarbeiter Fritz Schiettinger am 2. Juni verfaßt hatte. In: BA NL 254 Etzel/167.

24 Der einzige mir bekannte Hinweis auf diese Episode findet sich in BA NL 254 Etzel/167, Etzel an Pfister 21.08.1956. Der Vorschlag soll von Hanns Seidel ausgegangen sein.

25 *Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU. Auszüge aus den Grundsatzreferaten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 18. Juli 1957 in Frankfurt/Main*, hg. vom Bundesausschuß der CDU für Wirtschaftspolitik und vom Wirtschaftsbeirat der Union e.V., 1958, mit Referaten von F. Etzel, F. Hellwig, A. Pickert, P. Binder, H. Lünendonk, H. Seidel und L. Erhard.

26 Die bisherige Forschung geht davon aus, daß Adenauer schon seit dem Frühjahr, spätestens aber am Wahlabend zur Ablösung Schäffers entschlossen war. SCHWARZ ( Anm. 2), S. 278, 354. KOERFER (Anm. 1), S. 164.

seinen Freunden, aber auch von der Wirtschaftspresse immer drängender aufgefordert, das Finanzministerium offen für sich zu beanspruchen.<sup>27</sup> Er selbst hielt sich auffallend zurück. Möglicherweise schreckte er davor zurück, das bekanntermaßen undankbare Amt des Finanzministers zu übernehmen. Sein Verhalten erinnert an die Auseinandersetzung um die Nachfolge Adenauers 1959, als er offenbar lieber gerufen werden wollte, als um die Kanzlerschaft zu kämpfen. Gewollt oder ungewollt – Etzel rückte im Spätsommer 1957 zwangsläufig in die Position des Herausforderers. Am 23. September trug er Adenauer die Forderungen des Frankfurter Wirtschaftstages persönlich vor.<sup>28</sup> Die Entscheidung über die Besetzung des Finanzministeriums erfolgte zwar erst Mitte Oktober, nachdem die CSU-Landesgruppe von Schäffer abgerückt und Adenauer mit seinem Versuch, ein Europaministerium zu schaffen, gescheitert war. Doch seit dem 23. September gab es endlich eine personelle und sachliche Alternative zu Fritz Schäffer – eine entscheidende Voraussetzung für dessen Sturz. Dieser Umstand ist von der bisherigen Forschung zu wenig beachtet worden, die den Grund für die Ablösung Schäffers fast ausschließlich in dem schlechten persönlichen Verhältnis zu Adenauer sieht.

#### Ministerzeit, 1957-1961

Etzel hatte das Kunststück vollbracht, CDU und CSU, Unternehmer und Neoliberale, Großindustrie und Mittelstand zumindest momentan auf eine gemeinsame finanzpolitische Linie festzulegen. Er hatte sich dadurch – wie zögernd auch immer – ein Schlüsselressort erkämpft und eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des Kabinetts verdrängt. Auch wenn Adenauer ihn nicht bewußt als möglichen Nachfolger nach Bonn geholt hätte, hätte dies genügt, um in den Kreis der Kanzlerkandidaten aufzusteigen. Der neue Finanzminister trat sein Amt unter dem Beifall der Wirtschaftspresse und der neoliberalen Wissenschaftler an. Für Adenauer eröffnete seine Ernennung die Aussicht, daß in der Finanzpolitik endlich Stetigkeit und Ruhe einkehren würden. Seine Kabinettskollegen hofften auf ein Ende der peinlichen Auseinandersetzungen um Kleinstbeträge, für die Schäffer berüchtigt gewesen war. Und Etzel tat zunächst alles, die in ihn gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen. Innerhalb kürzester Zeit stellte er eine umfassende Steuerreform vor und brachte sie fast unversehrt durchs Parlament.<sup>29</sup> Der Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne wurde auf 15 % ermäßigt. Erhard konnte sich

---

27 BA NL 254 Etzel/171, Binder an Etzel 12.09.1957; Scharnberg an Etzel 27.09.1957.

28 *Der Wolf ist tot*, in: *Der Spiegel* Nr. 44 vom 30.10.1957, S. 16.

29 MUSCHEID (Anm. 13), S. 82-87. *Haushaltsreden. Franz Etzel 1957-1961*, hg. vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1994, S. 35, 38-40.

nicht mit seiner Forderung durchsetzen, die Doppelbesteuerung vollständig zu beseitigen. Die Steuerreform war keine der vielen ephemeren Gesetzesänderungen, die seither mit diesem anspruchsvollen Namen bedacht worden sind. Das Körperschaftsteuerrecht blieb im wesentlichen bis 1975 erhalten, der ebenfalls neu gefaßte Einkommensteuertarif hatte in seinen Grundzügen sogar bis 1990 Bestand.

Der spezifisch neoliberale Charakter der Steuerreform von 1958 wird deutlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der Aktienrechtsreform betrachtet, deren Referentenentwurf ebenfalls 1958 vom Bundesjustizministerium veröffentlicht wurde. Der Druck auf die Vorstände der Aktiengesellschaften zur Ausschüttung der Gewinne sollte auch über das Gesellschaftsrecht erhöht werden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Etzel die Ziele der Aktienrechtsreform befürwortete.<sup>30</sup> Die Durchsetzung der Steuerreform von 1958 und das energische Vorantreiben der Aktienrechtsreform markieren den Höhepunkt des neoliberalen Einflusses auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nachkriegszeit. Unbestreitbar war dies auch ein Erfolg für Ludwig Erhard. Doch erst die Mobilisierung des Wirtschaftsflügels durch Franz Etzel verhalf der Steuer- und Kapitalmarktreform zum Durchbruch.

Die Steuersenkungen von 1958 fügten sich in den Rahmen von Etzels Haushaltspolitik »am Rande des Defizits« ein. Etzel beugte erfolgreich der Entstehung weiterer Kassenüberschüsse vor und baute den »Julisturm« bis 1959 ab. Es gelang ihm, die Haushaltswirtschaft des Bundes nach mehreren stürmischen Jahren wieder in geordnete Bahnen zu lenken, obschon die Wiederbewaffnung neue große Anforderungen mit sich brachte.<sup>31</sup> Er stellte die Glaubwürdigkeit der Haushaltspolitik wieder her, die seit 1955 Schaden genommen hatte.<sup>32</sup> Darüber hinaus beinhaltete Etzels Devise eine grundsätzliche Absage an staatliche Vermögensbildung.<sup>33</sup> Zu einer stärkeren Finanzierung von Investitionen durch Kreditaufnahme kam es in der dritten Legislaturperiode aber noch nicht. Mit der fiskalischen Politik seines Vorgängers brach Etzel auch dadurch, daß er in seinem Ressort einschneidende personelle Veränderungen vornahm und die Stellung der volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Gruppe aufwertete.<sup>34</sup>

---

30 Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang sein Briefwechsel mit dem Schweizer Nationalökonom Edgar Salin aus den Jahren 1959/60, in: BA NL 254 Etzel/335.

31 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 19, 21-23, 26.

32 Günter Schmölders, *Öffentlichkeitsarbeit der Finanzverwaltung*, in: *Etzel-Festschrift* (Anm. 5), S. 335-350, hier S. 335.

33 Daher greift es zu kurz, Etzels Haushaltspolitik als »pragmatisch-opportunistisch« zu charakterisieren, wie es Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 295 tut.

34 Fritz SCHIETTINGER, *Die Volkswirte in der Bundesfinanzverwaltung*, in: *Etzel-Festschrift* (Anm. 5), S. 351-359.

Den letzten Bestandteil des Gesetzespakets von 1958 bildete das Sparprämiengesetz. Es stellte die Sparförderung auf eine neue Grundlage. Von den Sparprämien profitierten alle Einkommensschichten. Zudem wurde die Diskriminierung der Wertpapieranlage gegenüber dem Kontensparen und der Wohnungsbaufinanzierung zumindest formal beseitigt. Erhard hätte die Sparförderung lieber abgeschafft. Er wollte es dem einzelnen überlassen, zu sparen oder nicht – eine extrem doktrinäre Position, die aber der sozialen und wirtschaftlichen Realität der Nachkriegszeit durchaus gerecht wurde. Erhard war auch nicht der Ansicht, daß die volkswirtschaftliche Ersparnis unbedingt gesteigert werden müsse. Dagegen stimmte Etzel mit der Wirtschaft darin überein, daß auch in Zukunft eine hohe Investitionsrate notwendig sei, wollte aber zumindest einer fortgesetzt ungleichen Vermögensbildung vorbeugen. Hinzu kam, daß die Kreditwirtschaft an einem Weiterbestehen der Sparförderung interessiert war. Etzels Schwager, der Bankier Hugo Scharnberg, war sogar der geistige Vater der staatlichen Prämienförderung. Die Verquickung von ordnungspolitischen Grundsätzen, sozialpolitischer Aufgeschlossenheit und Wirtschaftsinteressen – in diesem Fall sachlich gelungen – war typisch für Etzels Politik. Etzel setzte das Sparprämiengesetz gegen erhebliche Widerstände Anfang April 1959 durch. Dies war der Höhepunkt seiner Erfolge als Finanzminister – und der Wendepunkt seiner politischen Karriere. Am 7. April 1959 löste Konrad Adenauer durch seine Erklärung, Bundespräsident werden zu wollen, die Nachfolgedebatte aus, die alle Beteiligten – Adenauer, Erhard und Etzel – nur mit großem Ansehensverlust überstanden.

Zu einfach wäre es aber, Etzels schnellen Abstieg, der 1959 einsetzte, allein mit den Blessuren zu erklären, die er sich bei seinem allzu zaghaften Kampf um das Kanzleramt zuzog. Die Gründe für sein persönliches Scheitern liegen tiefer. Der Spagat zwischen Wirtschaftsinteressen und neoliberaler Ordnungspolitik, der Etzels gesamte Laufbahn kennzeichnete, mußte ihn auf Dauer überfordern. Persönlich und beruflich war Etzel der Schwerindustrie und den Banken verbunden. Die Wirtschaftsverbände betrachteten ihn als »ihren Mann« in Bonn. Seine ordnungspolitischen Überzeugungen dagegen machten ihn zum natürlichen Verbündeten Ludwig Erhards. Bei der Steuerreform 1958 gelang es Etzel zum letzten Mal, neoliberale Prinzipien und Forderungen der Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen. Seitdem aber wurde er zunehmend zwischen den Fronten zerrieben. Die Reform des Aktienrechts blieb in der dritten Legislaturperiode stecken und konnte erst 1965 verabschiedet werden. Bei der Privatisierung von Bundesunternehmen machte sich Etzel die Bedenken der Großbanken gegen die im Wirtschaftsministerium kreierte »Volksaktie« zu eigen. Die von Etzel gewünschte Reform der konzentrationsfördernden Umsatzsteuer kam nicht voran, weil er vor den Vorbehalten und Ängsten in Wirtschaft und Finanzverwaltung zurückschreckte. Bei seinen Vermittlungsversuchen lief er stets Gefahr, es

allen recht machen zu wollen und gerade dadurch die in ihn gesetzten Erwartungen zu enttäuschen. Das beste Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Aufwertung der D-Mark 1960/61. Etzel stimmte Erhard darin zu, daß nur eine Aufwertung den Import der Inflation stoppen könne, und warb gegenüber Unternehmern um Verständnis für diesen Standpunkt.<sup>35</sup> Der hartnäckige Widerstand der Bundesbank, wohl auch die Proteste des BDI, verfehlten ihre Wirkung aber nicht: In der entscheidenden Kabinettsitzung am 2. November 1960 ließ Etzel den Wirtschaftsminister im Stich.<sup>36</sup> Er suchte, nicht untypisch für ihn, Zuflucht in fragwürdigen Kompromissen und schlug die Wiedereinführung von Devisenkontrollen vor. Erhard setzte die Aufwertung schließlich im Alleingang durch. Sein unbeirrbares Beharren auf der als ordnungspolitisch richtig erkannten Position zahlte sich aus; er bewies größeres Stehvermögen als sein früherer Kampfgefährte. Der Streit um die D-Mark-Aufwertung belastete Etzel physisch wie psychisch schwer.

Franz Etzel fehlten zwei entscheidende Voraussetzungen zum politischen Erfolg: Robustheit und Härte. Auch in der Haushaltspolitik begannen sich die Rückschläge zu häufen. Die Verabschiedung des Sparprämiengesetzes war ein Pyrrhussieg gewesen. Der Finanzminister hatte sich in eine unhaltbare Position manövriert, indem er ein kostenaufwendiges Ausgabengesetz gegen die Bedenken erheblicher Teile des Parlaments einbrachte. Fortan bot er den Forderungen von Interessengruppen viel Angriffsfläche. Berüchtigt wurde sein »Umfall« in der Frage der Kriegsopferversorgung, als er im Herbst 1959 über den Kopf von Arbeitsminister Blank hinweg der Abgeordneten Maria Probst (»Maria Heimsuchung«) die Erfüllung ihrer Wünsche zusagte.<sup>37</sup> Die Öffentlichkeit begann, auf seine Nachgiebigkeit zu zählen<sup>38</sup> – für einen Finanzminister kommt dies einem Todesurteil gleich. Schon im August 1960 vertraute Erhard Journalisten an, Etzel werde dem kommenden Kabinett vermutlich nicht mehr angehören.<sup>39</sup> Gesundheitlich angeschlagen und durch einen schweren Unfall seiner Tochter zusätzlich getroffen, stellte Etzel Adenauer sein Amt vor der Bundestagswahl 1961 zur Verfügung. Für Insider war es keine Überraschung, daß der Kanzler das Finanzressort bei den Koalitionsverhandlungen der FDP anbot.

Dieselben Eigenschaften, die Etzel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses zugute gekommen waren, erwiesen sich für den Finanzminister als nicht unbedingt vorteilhaft. Das Agieren aus dem Hintergrund, das er bis 1957 so gut beherrscht hatte, war doch verschieden von der offenen Auseinandersetzung mit Kabinettskollegen oder der

---

35 KOERFER (Anm. 1), S. 468 f., 482.

36 KOERFER (Anm. 1), S. 513.

37 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 171.

38 Als Beispiel siehe *Arbeiter-Dividende*, in: *Der Spiegel* Nr. 52 vom 23.12.1959, S. 28.

39 KOERFER (Anm. 1), S. 460 f.

Regierungsfraktion. Vorher Experte unter Experten, stand er nun Interessenvertretern unterschiedlichster Couleur gegenüber. Etzel war wie geschaffen dafür, in kleinem Kreis Gegensätze zu überbrücken und zu vermitteln. Ruhig, sachlich, geduldig, fast unfähig zur Polemik, konnte er Spannungen entschärfen und Differenzen auf ihren sachlichen Kern zurückführen. Fast das Gegenbild zu Wirtschaftsminister Erhard, der im persönlichen Gespräch oft gehemmt war, in der Menge aber zu großer Form auflaufen konnte! Etzel wirkte hölzern. Es gelang ihm nicht, Menschen für seine Pläne zu begeistern, eine treue Anhängerschaft um sich zu sammeln.<sup>40</sup> Eine »Brigade Etzel« kann man sich nicht vorstellen. Und noch etwas fehlte ihm: Er war weder hemdsärmelig noch hartnäckig genug, um seine Ziele auch in der Auseinandersetzung von Mann zu Mann durchzuboxen. Es ist bezeichnend für Etzel, daß er auch im Sommer und Herbst 1957 niemals die persönliche Konfrontation mit Fritz Schäffer suchte, daß er sich sogar bemühte, ihn zur Übernahme der neoliberalen Steuerkonzeption zu bewegen. Ihm ging die Zähigkeit seines Vorgängers ab, den er an volkswirtschaftlicher Einsicht weit überragte. Er besaß auch nicht die beneidenswerte Eigenschaft Erhards, Nackenschläge wegstecken und sich nach schweren Demütigungen schnell wieder regenerieren zu können.

Auch der heutige Betrachter, dem Etzel nicht aus persönlicher Anschauung oder durch das Fernsehen bekannt ist, kann sich ein Bild von dem Eindruck machen, den der Finanzminister bei seinen Zeitgenossen hinterließ. Für den Historiker gehören Etzels Haushaltsreden zu den besten, die je gehalten wurden.<sup>41</sup> Übersichtlich im Aufbau, anspruchsvoll im Gehalt, anschaulich in der Diktion, vermitteln sie das Bild eines Mannes, der seine Zuhörer durch Offenheit für sich gewinnen wollte, der sich nicht scheute, ihnen schwierige Zusammenhänge darzulegen, an ihre Einsicht und ihren Verstand appellierte und auf politische Leerformeln verzichtete. Etzel setzte sich bewußt von seinem Vorgänger ab, der stundenlange Erfolgsberichte, garniert mit hausväterlichen Sentenzen, präsentiert hatte, die finanzpolitische Lage aber kunstvoll verschleierte. Der neue Stil trug dazu bei, die gegenseitige Sprach- und Verständnislosigkeit zu überwinden, die das Verhältnis von Finanzpolitik und Finanzwissenschaft bis dahin belastet hatte.<sup>42</sup> Anders die Reaktion der Abgeordneten: Animierte Schäffer das Publikum oft zu Beifall oder zu Zwischenrufen, die er schlagfertig parierte, so verlas Etzel seine Reden beinahe ohne Unterbrechung. Die Zuhörer fühlten sich anscheinend wie in einem volkswirtschaftlichen Kolleg, an dessen Ende sie höflich klopfen, ohne alles verstanden zu haben.

---

40 KOERFER (Anm. 1), S. 286.

41 Siehe die vom Bundesministerium der Finanzen begonnene Edition der Haushaltsreden der bundesdeutschen Finanzminister (Anm. 29).

42 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 18.

Als Kanzler hätte Etzel vermutlich kaum glücklicher agiert als Ludwig Erhard. Er hat sich in der Nachfolgedebatte nicht leichtfertig nach vorne gedrängt. Er war sich der Größe der Aufgabe, aber wohl auch seiner eigenen Schwächen bewußt. »Der nächste Kanzler wird immer im Schatten seines Vorgängers stehen. Er wird nicht an Adenauer, er wird am Mythos Adenauer gemessen werden. Er wird sich schnell abnutzen und nur ein Mann des Übergangs sein«, sagte er mit dem ihm eigenen Realismus schon 1958 voraus.<sup>43</sup> Mißt man Etzel nicht an Adenauer, sondern an seinem Vorgänger und seinen Nachfolgern im Amt des Bundesfinanzministers, so kann er durchaus bestehen. Er hat die Finanzpolitik im Inhalt wie im Stil modernisiert und den Anschluß an die wissenschaftlichen Strömungen seiner Zeit gefunden. In Umkehrung eines Diktums über Fritz Schäffer könnte man sagen, daß Etzel mehr Steuerminister denn Haushaltsminister war. Als einziger Finanzminister brachte er ein Steuerprogramm aus einem Guß mit, das er zum größten Teil verwirklichte. Die Probleme, die er hinterließ, sind zum Teil bis heute ungelöst.

---

43 KOERFER (Anm. 1), S. 286.

